

# Feiern, aber nicht nachlassen

Ursula von der Leyen

Seit neunzig Jahren sind Frauen in Deutschland wahlberechtigt: In der unruhigen Gründungsphase der Weimarer Republik wurde, wenige Tage nachdem Kaiser Wilhelm II. abgetreten war, im November 1918 das Frauenwahlrecht eingeführt. Das aktive ebenso wie das passive: Frauen durften wählen, und sie konnten gewählt werden. Gleich bei den ersten Wahlen, bei denen Frauen über die Zusammensetzung des Parlaments mitentscheiden konnten, im Januar 1919, war ihre Wahlbeteiligung mit 82,3 Prozent fast genauso hoch wie die der Männer. In den folgenden bewegten Zeiten gab es Phasen, in denen die Frauenwahlbeteiligung zeitweilig deutlich nach unten abfiel. Heute liegt die Wahlbeteiligung der Frauen bei Bundestagswahlen wieder kaum unter der der Männer, allerdings auf leicht niedrigerem Niveau als 1919 – bei 78,1 Prozent. Neunzig Jahre Frauen und Politik, neunzig Jahre Frauenwahlrecht 2008 – ein Anlass zu feiern? Jedenfalls ein Meilenstein für die Gleichberechtigung und die volle Teilhabe von Frauen an Politik und Gesellschaft.

Auch beim passiven Wahlrecht startete Deutschland 1919 mit einem großen Erfolg: Siebenunddreißig Frauen wurden Abgeordnete der Verfassungsgebenden Nationalversammlung. Helene Weber, später eine der Mütter des Grundgesetzes und damals blutjunge Verbandsvertreterin, war ebenso unter ihnen wie Hedwig Dransfeld und Agnes Neuhaus. Die Verfassungsgebende Nationalversammlung der Weimarer Republik war mit so

vielen Frauen einmalig in der Welt. Heute sind in der laufenden Legislaturperiode knapp zweiunddreißig Prozent der Abgeordneten des Deutschen Bundestages weiblich. Damit ist Deutschland nicht mehr an der Spitze, aber klar im oberen Mittelfeld. Der EU-Durchschnitt der weiblichen Abgeordneten der Nationalparlamente lag 2006 bei vierundzwanzig Prozent. Länder wie Frankreich, Irland und Griechenland haben weniger als fünfzehn Prozent weibliche Abgeordnete; ganz vorn sind die nordischen Länder mit einem Frauenanteil von über vierzig Prozent in den Landesparlamenten. Dort, in den nordischen Ländern, gibt es nicht nur mehr weibliche Abgeordnete und Ministerinnen als bei uns; dort gab es auch schon früher als in Deutschland weibliche Staats- und Regierungschefs. In diesem Punkt haben wir mittlerweile aufgeholt: Heute haben wir mit Angela Merkel eine Kanzlerin, die auch bei internationalen Verhandlungen als G8-Vorsitzende ganz selbstverständlich einen Kreis mächtiger Männer moderiert und in diesem Kreis akzeptiert ist. Die Kanzlerschaft von Angela Merkel wird in anderen Ländern mit ebenso viel Sympathie und Anerkennung aufgenommen wie die Tatsache, dass sich Deutschland anschickt, in der Gleichstellungs- und Familienpolitik dynamische Schritte voran zu tun.

## Wo drückt der Schuh?

Wir tun gut daran, über die Grenzen zu schauen. Die jüngste OECD-Studie

„Babies and Bosses“ hat Ende November 2007 noch einmal sehr eindringlich bestätigt, wo Frauen und Männer in Deutschland der Schuh drückt, wenn nach Zukunftsaussichten und gerechter Teilhabe in Deutschland gefragt wird. Die Bevölkerung in Deutschland schrumpft; unser Land liegt bei der Geburtenrate im unteren Drittel der OECD-Länder. Bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen sind wir inzwischen im Mittelfeld gelandet, bei der Kinderarmut auf einem unbefriedigenden zehnten Platz und bei der Entgeltungleichheit gar auf Platz einundzwanzig von dreißig. Das ist beschämend. Der Vergleich mit anderen Ländern macht deutlich: Wo die Frauenerwerbstätigkeit hoch ist und die Infrastruktur für Vereinbarkeit von Familie und Beruf gut ist, ist die Kinderarmut niedrig und der Abstand der Durchschnittslöhne von Männern und Frauen gering. Die schlechten Kinderbetreuungsmöglichkeiten und starre Arbeitsbedingungen, die Bedürfnisse von Erziehenden ignorieren, führten in Deutschland bislang zu relativ langen Erwerbsunterbrechungen von Müttern und damit oft zu Karriereknicks und Einkommenseinbußen. Gleichzeitig verfestigten sie das Muster, dass Väter mehr und länger arbeiten mussten, um allein die wachsende Familie ernähren zu können. Insbesondere Familien, in denen Mütter ohne Partner für den Unterhalt der Kinder aufkommen müssen, geraten schnell in finanzielle Schwierigkeiten, unter denen dann die Kinder besonders leiden.

Die Ergebnisse der OECD-Studie als solche waren für Fachleute nicht neu. Aber eines ist neu: Die Botschaften werden gehört! Frauen- und Familienpolitik erscheint nicht länger als nebensächlich, sondern findet sich auf den Titelseiten überregionaler Zeitungen. Wir haben in den vergangenen Monaten leidenschaftlich darüber diskutiert, was Familien brauchen und was für Kinder das Beste ist.

Das allein ist ein Fortschritt. Familien- und gleichstellungspolitischer Handlungsbedarf wird von der Politik auch umgesetzt. Die Politik der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode ist ganz gezielt darauf ausgerichtet, Kinderarmut zu bekämpfen, den Zusammenhalt zwischen den Generationen zu stärken und Müttern und Vätern bessere Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen.

Die Balance von Familie und Beruf ist ein altes Thema der Frauenpolitik und ein Dauerbrenner für Frauen in der Politik. Angela Merkel hat als Frauenministerin 1995 den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz durchgesetzt. Heute geht es um den Ausbau der Betreuungsangebote für die unter dreijährigen Kinder. Hier ist der größte Nachholbedarf; hier hat Deutschland mit den europäischen Nachbarländern nicht Schritt gehalten. Das haben wir geändert. Mit dem nun vereinbarten Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren bis zum Jahr 2013 wird ein Quantensprung gelingen. Wenn in fünf Jahren für ein Drittel der kleinen Kinder und ihre Eltern gute und sichere Betreuungsangebote zur Verfügung stehen, gibt es endlich für junge Eltern Wahlfreiheit anstelle der Alternativenentscheidung „Kind oder Karriere“. Gerade auch Frauen, die im Beruf besonders interessante Aufgaben vor sich sehen, werden sich für Kinder entscheiden können, ohne damit berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Gleichzeitig muss die Wirtschaft unermüdlich in ihren eigenen Reihen dafür werben, familienbewusste Arbeitsstrukturen aufzubauen – nicht zuletzt um junge Fachkräfte zu halten oder anzuziehen.

## Orientierung am Lebensverlauf

Eine weitere wichtige Weiche in der Familien- wie in der Gleichstellungspolitik haben wir schon Anfang 2007 gestellt – mit der Einführung des Elterngeldes. Als

*Auch Väter wünschen sich heute passende Rahmenbedingungen, um in Familie und Beruf ihren Mann zu stehen.*

© picture-alliance/dpa/dpaweb, Foto: Patrick Pleul



Lohnersatzleistung für den Elternteil, der seine Erwerbstätigkeit zugunsten der Kinderbetreuung reduziert, zeigt das Elterngeld, dass wir wissen: Viele junge Familien brauchen heute zwei Einkommen, das der Mutter ebenso wie das des Vaters. Armutsprävention für Kinder gelingt am besten, indem die Erwerbstätigkeit beider Eltern aktiv ermöglicht wird. Das Elterngeld hat dabei mit seinen Partnermonaten eine weitere Neuerung gebracht, für die gerade Frauen in der Politik lange gestritten haben. Aber nicht nur Frauen: Auch Väter wünschen sich heute passende Rahmenbedingungen, um als aktive Väter in Familie und Beruf ihren Mann zu stehen. Die ersten Elterngeldstatistiken zeigen: Die Partnermonate sprechen die jungen Männer an und setzen positive Anreize. Der Anteil der Männer, die Elternzeit in Anspruch nehmen, hat sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdreifacht. Das beweist, dass eine Politik, die Männer nicht auf tradierte Rollen festlegt und eine neue partnerschaftliche Aufgabenteilung in der Familie aktiv unterstützt, auch bei den Männern Akzeptanz und Resonanz findet.

Die Erfahrungen mit dem Elterngeld machen Mut, ein weiteres Thema anzu-

packen, das eng mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verknüpft ist: den beruflichen Wiedereinstieg nach einer – mitunter längeren – Familienphase. Zwei von drei Müttern kleinerer Kinder unter drei Jahren sind nicht berufstätig; sind die Kinder aber erst einmal in der Schule, sinkt der Anteil nicht erwerbstätiger Mütter auf ein Drittel und weniger. Jede dritte Frau etwa sieht sich also an einem bestimmten Punkt in ihrem Leben in der Situation, nach einer Phase familienbedingter Unterbrechung wieder im Berufsleben Fuß zu fassen und vielleicht auch erst richtig durchzustarten. Oft gestaltet sich dies – gerade für Mütter mehrerer Kinder – als Hindernislauf über mehrere Jahre. Das belastet nicht nur die Frauen und ihre Familien; auch den Arbeitgebern gehen viele Potenziale der Generation „40 plus“ auf diese Weise verloren. Über die klassischen im Sozialgesetzbuch verankerten Berufsrückkehrer-Programme hinaus sind Initiativen gefragt, die die ganze Lebenswelt in den Blick nehmen. Arbeitsstrukturen und Unternehmenskultur zählen ebenso dazu wie die Zeitpläne von Kindertagesstätten und Schulen oder das Angebot an Fami-

lien unterstützenden Netzen und Dienstleistungen.

Nicht zuletzt gilt es, wie beim Elterngeld auch die (Ehe-)Partner mit anzusprechen. Noch sehen viele Männer die Organisation des Wiedereinstiegs nach der Familienphase als exklusive Aufgabe ihrer Partnerin an. Bei all den großen Umstellungen, die der Wiedereinstieg der Mutter für die ganze Familie darstellt, sehen sie sich selbst im Grunde außen vor und erwarten, dass die Frau die Umstellung managt, ohne dass sie dadurch weiter berührt werden. Ich sehe es auch als Aufgabe und Chance von Frauen in der Politik, diese Haltung aufzubrechen. Solange die Fürsorge für die Kinder und die Balance von Familie und Beruf allein den Müttern zugewiesen werden, bleiben partnerschaftliche Lebensläufe Hindernisläufe mit vielen Hürden. Die Partnermonate im Elterngeld werden hier ganz konkret helfen: Je mehr Männer die Elternzeit für sich entdecken, desto eher wird die Situation des Wiedereinstiegs in den Beruf eine Erfahrung, die Männer und Frauen teilen.

Das Thema Wiedereinstieg macht auch deutlich, dass Gleichstellungspolitik erheblich davon profitiert, wenn sie sich an einer Lebensverlaufsperspektive orientiert. Die Bedürfnisse – und damit auch die Anforderungen an die Politik – unterscheiden sich nämlich je nach Lebenssituation. Junge Frauen in der Zeit der Familiengründung brauchen etwas anderes als Frauen mit Kindern im Schulalter oder in der Pubertät. Wieder neue Rahmenbedingungen sind gefordert, wenn es um die Pflege älterer Angehöriger – zumeist immer noch Frauensache – oder um das eigene Leben im Alter geht. Dazu kommt, dass sich die Lebensverläufe von Frauen und Männern in den letzten Jahrzehnten verändert haben. Überlieferte Rollenerwartungen sind heute als Muster eigener Lebensentwürfe immer weniger prägend und weniger überzeugend. Individuelle

Entscheidungen sind gefordert; dabei sind Männer- und Frauenleben gerade in Übergangsphasen weiter von sehr unterschiedlichen Risiken und Chancen geprägt. Politik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, die solchen individuellen Entscheidungen Raum geben – für Männer wie für Frauen. Wahlfreiheit ist für die Gleichstellungspolitik ebenso wichtig wie für die Familienpolitik.

## Gestaltungschancen in der Politik

Unterschiede zwischen Männern und Frauen im Lebenslauf gibt es auch im Bereich der Politik. Die Bereitschaft, ein politisches Amt zu übernehmen, ist bei jungen Frauen deutlich geringer ausgeprägt als bei jungen Männern. Während nur siebzehn Prozent der achtzehn- bis vierunddreißigjährigen jungen Frauen ein politisches Amt übernehmen wollen, antworten achtunddreißig Prozent ihrer männlichen Altersgenossen, zu einem solchen Engagement bereit zu sein. In der Altersgruppe der fünfunddreißig- bis neunundfünfzigjährigen nähern sich die Werte an: Hier antworten neunzehn Prozent der Frauen und nur noch fünfundzwanzig Prozent der Männer mit Ja auf die Frage, ob sie zur Übernahme eines politischen Amtes bereit wären. Das Deutsche Jugendinstitut, das für das Bundesfrauenministerium einen umfangreichen Datenreport über Einstellungen von jungen Menschen erstellt hat, hebt bei der Erforschung der Ursachen einen erstaunlichen Unterschied zwischen politischen Ämtern und zivilgesellschaftlichem Engagement junger Frauen hervor. Mädchen und junge Frauen sind nämlich zum Beispiel in der Schülerselbstverwaltung und für ihre Schülerzeitung aktiver als ihre männlichen Klassenkameraden.

Es bleibt damit ein wichtiges Anliegen einer modernen Gleichstellungspolitik, neben der Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben und der Vereinbarkeit von

Familie und Beruf auch die politische Beteiligung von Frauen dauerhaft abzusichern und zu stärken. Dazu braucht es auch neuen Schwung auf der Ebene der Länder und der Kommunen. Der Anteil der Frauen an den Ratsmitgliedern in Gemeinden bis zu 100 000 Einwohnern, wo das Ratsmandat wirklich Ehrenamt ist, liegt bei etwa fünfundzwanzig Prozent und damit deutlich niedriger als der Anteil der Frauen unter den Abgeordneten des Deutschen Bundestags. Gerade in der Kommunalpolitik aber sind die Kompetenz und Erfahrung aller Bürgerinnen und Bürger gefordert: von Alten und Jungen, von Männern und Frauen, von Akademikerinnen und Arbeiterinnen. Die Entscheidung über die Ausgestaltung des Nahverkehrsnetzes und der Kindertageseinrichtungen in der Stadt, die Beratung über die Schulbezirksgrenzen und die Bebauungspläne in den Stadträten brauchen die Kompetenz von Frauen ebenso wie die Entscheidung über Unterhaltsrechtsfragen und Zuwanderungsregeln im Deutschen Bundestag. Frauen für kommunalpolitisches Engagement und kommunalpolitische Mandate zu gewinnen ist daher eine wichtige Aufgabe für die Parteien – eine gleichstellungspolitische Aufgabe, aber auch ein Muss für die Engagementförderung wie für die Qualitätssicherung der Politik auf lokaler Ebene.

Einen günstigen Rahmen, um die Frage nach der Teilhabe von Frauen in der Zivilgesellschaft im Auge zu behalten, bietet auch die Initiative ZivilEngagement „Miteinander – füreinander“, die ich in meinem Ministerium gestartet habe. Untersuchungen zum freiwilligen Engagement fördern Unterschiede zwischen Frauen und Männern regelmäßig nicht nur beim kommunalpolitischen Ehrenamt, sondern in fast allen Bereichen zutage. Männer sind durchgängig etwas stärker zivilgesellschaftlich engagiert als Frauen; allerdings nimmt der Anteil der

Frauen in den letzten Jahren zu. Auffallend ist, dass Bereiche, die mit politischer Interessenvertretung in Zusammenhang stehen, bei Männern nach wie vor attraktiver sind, während der Vorsprung der Männer im Bereich Sport und Bewegung auf zwei Prozentpunkte geschrumpft ist. Bei Kultur und Musik ebenso wie im Umwelt- und Tierschutz sind Frauen und Männer gleich engagiert. In einer traditionellen „Männerdomäne“, der freiwilligen Feuerwehr, hat mein Ministerium zusammen mit dem Deutschen Feuerwehrverband eine sehr erfolgreiche Initiative gestartet, die das Engagement von Frauen in der Feuerwehr stärkt und sichtbarer macht. Eine lebendige, aktive Zivilgesellschaft, in der Frauen wie Männer gleichermaßen ihre Potenziale einbringen und ausbilden können, bildet die Basis einer funktionierenden Demokratie. Wir können daher vom Feuerwehrprojekt für andere Bereiche des Zivilengagements und für die Kommunalpolitik lernen.

### Blick zurück nach vorn

2008 ist ein Jahr wichtiger frauenpolitischer Jubiläen. Seit neunzig Jahren haben wir das aktive und passive Frauenwahlrecht. Vor hundert Jahren wurde das Preußische Vereinsgesetz abgeschafft; seitdem können Frauen in Vereinen und Parteien Mitglied werden. Sechzig Jahre sind vergangen, seit die Mütter des Grundgesetzes für die Aufnahme von Artikel 3 in die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland kämpften – und 1949 auch Erfolg hatten: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Es ist wichtig, sich an die Frauen zu erinnern, die in früheren Generationen – vor sechzig, neunzig oder hundert Jahren – diese entscheidenden Weichenstellungen erkämpften. Es gibt Anlass zu feiern. Aber gleichzeitig gilt: Für uns Frauen in der Politik heute gibt es noch viel zu tun. Wir sind mit aller Kraft dabei!